

Carte Blanche Volksstimme 3. Juni 2020

Ständerätin Maya Graf, Sissach

Eine fast normale Sommersession

Zum Glück kehrt im Schweizer Parlament die Normalität nach der Coronakrise zurück. Aber um weiterhin die Abstandsregeln einhalten zu können, wird auch die Sommersession im Messegelände der BERNEXPO stattfinden. In den, zu grossen Ratssälen umfunktionierten, fensterlosen Hallen sitzen wir wieder einzeln an Pulten und verfolgen die Parlamentsdebatten mit Kopfhörer. Zum Sprechen gehen wir nach vorne, wo der Mikrofonschutz nach jedem Sprechenden ausgewechselt und das Redepult desinfiziert wird. Doch in dieser Session sind wir die Weitläufigkeit des unpersönlichen Messegeländes bereits gewöhnt. Im letzten Monat haben täglich, oft gleich mehrfach, die Fachkommissionen der beiden Räte die Geschäfte der Sommersession im Schnellzugtempo vorberaten. Das war dringend nötig, hat das Parlament doch viele wichtige Geschäfte nachzuholen, die wegen der selbsterzwungenen «Coronapause» liegen geblieben sind:

Wir werden in dieser Sommersession 2020 hoffentlich endlich den griffigen Gegenvorschlag des Nationalrats zur Konzernverantwortungsinitiative verabschieden. Schweizer Konzerne sollen Verantwortung für das Geschäftsgebaren ihrer Tochterunternehmen punkto Menschenrechte und Umweltschutz auch im Ausland übernehmen. Im Ständerat beraten wir den Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt: Applaus für das Pflegefachpersonal allein genügt nicht. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, eine Ausbildungsoffensive und die Anerkennung der Autonomie der Pflege um den Pflegenotstand langfristig zu beheben. Als Mitglied der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturkommission werde ich die Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2021 bis 2024 im Ständerat vertreten. Vorgesehen ist, dass der Bund für die nächsten vier Jahre rund 28 Milliarden Franken in unsere Hochschulen, die Berufsbildung und Weiterbildung, für Forschung und Innovationsförderung investieren soll. Ich unterstütze die Aufstockung des Kredites, denn Bildung und Forschung als unsere wichtigste «einheimische» Ressource müssen in Krisenzeiten gestärkt werden, insbesondere brauchen wir mehr Mittel in der Weiterbildung und für Innovationen in nachhaltige Entwicklung. Zudem sollen Bund und Kantone gemeinsam der drohenden Jugendarbeitslosigkeit vorbeugen.

Ich bin erleichtert, dass das Parlament endlich seine volle Handlungsfähigkeit wiedererlangt hat: Gerade wenn Krisen drohen, müssen Entscheidungen im Gleichgewicht der institutionellen Gewalten getroffen werden. Die Bevölkerung muss sich auf das Funktionieren nicht nur ihrer Regierung, sondern auch ihres gewählten Parlamentes verlassen können.

Die Geschäftsprüfungskommission der beiden Räte wird nun untersuchen, ob das Handeln des Bundesrates zur Bewältigung der COVID-19-Krise in allen Bereichen zweckmässig, rechtmässig und effektiv war. Als Präsidentin dieser Kommission habe ich mich für die Inspektion eingesetzt. Das Parlament sollte eine solche Überprüfung mit Blick auf seine eigene Rolle, ebenfalls an die Hand nehmen. Auch daran arbeite ich in dieser Sommersession 2020.